

Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen Kundgebung in Gifhorn

Termin: Sa, 3. September, 11.00 Uhr

Ort: Schillerplatz (Beginn FußgängerInnenzone), Gifhorn

Für Sa, 03.09.2011 hat der Flüchtlingsrat Niedersachsen in Gifhorn eine Kundgebung gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen angemeldet. Die Kundgebung wird getragen aus einem Bündnis von Flüchtlingen, die mehrheitlich aus dem Landkreis Gifhorn stammen und UnterstützerInnen, zu denen u.a. das Antirassistische Plenum Hannover und die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen gehören.

Seit über einem Jahr protestieren Flüchtlinge aus dem Landkreis Gifhorn gegen ihre unmenschlichen Lebensbedingungen. Diese sind bestimmt durch die lagerähnliche Unterbringung im Wohnheim Meinersen, das sich abgelegen in einem Gewerbegebiet befindet. Die Wohnverhältnisse sind beengt, z.T. teilen sich vier Personen einen ca. 20qm großen Raum. Die BewohnerInnen fühlen sich durch das Personal des Wohnheimbetreibers K+S respektlos behandelt und ständig überwacht. Die isolierte Lage der Unterkunft wird verschärft durch die Tatsache, dass die meisten BewohnerInnen lediglich Gutscheine erhalten und nur wenige Bargeld, dass ihnen z.T. aber auch gestrichen wurde. Busfahrten ins 14 km entfernte Gifhorn werden damit unmöglich. Arbeitsverbote oder Beschränkungen bei der Beschäftigungserlaubnis zwingen die Flüchtlinge in die Untätigkeit. Ohne Handlungsmöglichkeiten bei gleichzeitig weitgehender Fremdbestimmung, wird der Alltag sinnentleert.

Hinzu kommt, dass die Ausländerbehörde des Landkreises immer wieder durch besondere Härte und Schikanen gegen die Flüchtlinge auffällt. Der beständige Druck, die Angst vor der Abschiebung und die Perspektivlosigkeit zermürben die Menschen und macht sie psychisch kaputt. Welchem Druck die Asylsuchenden im Landkreis ausgesetzt sind, ist spätestens mit dem Suizid von Shambu Lama deutlich geworden. Die Ausländerbehörde hatte Maßnahmen zur seiner Abschiebung nach Nepal eingeleitet. Shambu Lama wusste keinen anderen Ausweg, als sich das Leben zu nehmen. Dass ein Gericht nach seinem Tod festgestellt hat, dass er vorläufig nicht hätte abgeschoben werden dürfen, nutzte ihm nichts mehr.

In mehreren Demonstrationen und Kundgebungen haben die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen die Öffentlichkeit über die Situation der Asylsuchenden im Landkreis Gifhorn informiert. Es gab Gespräche mit der Verwaltung und mit Parteien des Landkreises. Bündnis90/Die Grünen haben im Kreistag einen Antrag auf Schließung des Wohnheims und Unterbringung in Wohnungen gestellt, der aber von sämtlichen anderen Parteien im Kreistag abgelehnt wurde. An der Lage der Flüchtlinge hat sich kaum etwas geändert. Mit der Kundgebung sollen vor den Kommunalwahlen in Niedersachsen daher noch einmal die Forderungen der Flüchtlinge nach gleichen sozialen Rechte und die Dringlichkeit ihrer Anliegen in Erinnerung gerufen werden.

Zwar sind an der miserablen Lebenssituation der Flüchtlinge maßgeblich die Sondergesetze, denen sie unterliegen, schuld, zwar müssen diese Gesetze auf Bundesebene beseitigt werden, allerdings haben die Kommunen einen Spielraum, den Asylsuchenden unter den bestehenden Bedingungen das Leben zu erleichtern. Dazu gehört z.B. die Unterbringung aller Flüchtlinge in Wohnungen statt im Wohnheim. Mit etwas Courage könnte sich der Landkreis auch entschließen, grundsätzlich Bargeld statt Gutscheine auszuzahlen (und über die kommunalen Spitzenverbände dafür einsetzen, dass das Niedersächsische Innenministerium das auch akzeptiert). Die Ausländerbehörde muss umstrukturiert werden als Konsequenz aus der bisherigen Praxis, die sich am Rande der Legalität oder sogar darüber hinaus bewegt und einzig das Ziel hat, die Menschen zu zermürben und zu unterwerfen.

Kommt zur Kundgebung nach Gifhorn!

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.